

1. Kommt sie doch noch, die Bürgerversicherung?

Es kristallisiert sich immer mehr heraus, dass die SPD die sogenannte Bürgerversicherung zur Bedingung für den Eintritt in eine neuerliche Große Koalition macht. Die Union sträubt sich gegen die Idee. Was würde die Einführung einer einheitlichen Krankenversicherung für alle bedeuten?

Ein Hauptgrund für die SPD-Forderung liegt in der Ungleichbehandlung von Privat- und Kassenpatienten, die von vielen Menschen als ungerecht empfunden wird. Damit wäre es allerdings bei einer Bürgerversicherung nicht vorbei. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen: Wer es sich leisten kann, schließt eine Zusatzversicherung ab, zum Beispiel für Chefarztbehandlung. Dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden würde es allerdings entgegenkommen, dass viele (gut verdienende) Privatpatienten höhere Beiträge zahlen müssten als heute.

Auf der anderen Seite würde sich für viele, vor allem ältere Privatpatienten, denen ihre Versicherungsprämien zu hoch sind, eine Wechselmöglichkeit in die Bürgerversicherung eröffnen. Und dass die privaten Prämien steigen würden, kann als sicher gelten, da keine jungen, gesünderen Kunden mehr ins Versichertenkollektiv nachrücken könnten. Nicht steigen, sondern eher sinken würde dagegen das Versorgungsniveau, wie die Ärzteschaft warnt: Privatpatienten bringen den Praxen durchschnittlich mehr ein und finanzieren damit überproportional beispielsweise die Ausstattung. Von den Hightech-Geräten und -Verfahren profitieren am Ende aber alle Patienten.

2. Was vom Bitcoin-Boom zu halten ist

Die Medien quellen dieser Tage über vor Wenn-dann-Rechnungen à la: Hätte man 2010 schlappe 100 Dollar in die Digitalwährung Bitcoin investiert, wäre man heute Multimillionär mit einem Vermögen von über 70 Millionen Dollar. Auch viele normale Bürger stellen sich mittlerweile die Frage: Verpasse ich etwas? Wenn ein – vor Kurzem noch unvorstellbarer – Kurs von 20.000 Dollar möglich ist, warum nicht auch einer von 100.000? Oder von einer Million?

Klar ist: Ein Bitcoin-Investment ist hochriskant, denn die weitere Kursentwicklung lässt sich nicht annähernd prognostizieren. Wer dennoch einsteigt, sollte einen Totalverlust verkraften können. Damit ist das Investment für Durchschnittsanleger eher ungeeignet.

Dennoch dürfte diese Art der Kryptowährung jenseits von (Noten-)Banken in Zukunft wichtiger werden – auch wenn die Bitcoin-Blase platzen sollte. Denn das System ist prinzipiell günstiger und schneller als der klassische Geldtransfer. Über 1.300 digitale Alternativwährungen gibt es bereits. Durch die Blockchain-Technologie sind sie fälschungssicher und funktionieren anonym.

3. Die Lebensversicherung braucht Beratung

Große Hoffnungen – oder je nach Sichtweise: Befürchtungen – wurden an den digitalen Direktvertrieb von Versicherungen geknüpft. Schließlich gehören mehr und mehr Kunden zu den „Digital Natives“, sind also mit dem Internet als selbstverständlichem Alltagsinstrument aufgewachsen.

Wie jedoch eine aktuelle Studie des Beratungsunternehmens Willis Towers Watson für den Bereich Lebensversicherung (LV) zeigt, wollen die Kunden gar nicht in Massen über Vergleichsportale und bei Online-Direktversicherern abschließen. Vielmehr erlebte dieser Vertriebsweg jüngst einen „dramatischen Einbruch“, wie Studienleiter Ulrich Wiesenewsky zusammenfasst. Der

Direktversicherer-Anteil am LV-Neugeschäft schrumpfte gegenüber dem Vorjahr um ein sattes Viertel. In den letzten drei Jahren ging er damit um 40 Prozent zurück.

Die Studienautoren haben auch eine schlüssige Erklärung für die Online-Zurückhaltung der Kunden parat: „In der Lebensversicherung müssen Produkte meist ein Leben lang halten und die Angebote sind komplex und erklärungsbedürftig.“

4. Bulle oder Bär: Wie könnte das neue Jahr an den Börsen laufen?

2017 war ein außerordentlich erfreuliches Jahr für die Anleger. Die Indizes jagten von einem Rekord zum nächsten. Auch deshalb sehen Börsenexperten nicht mehr viel Luft nach oben. Vielmehr kann man die Gewinne des frisch angebrochenen Jahres schon als weitgehend eingepreist betrachten.

2018 könnten sich die Märkte daher eher seitwärts bewegen. Aufgrund der guten Konjunkturdaten kann ein größerer Kurseinbruch immerhin als unwahrscheinlich gelten – zumindest solange keine politischen Erdbeben auftreten. Kandidaten, die als Auslöser dafür infrage kommen, gibt es leider einige, ohne dass Namen genannt werden müssen.

Nicht zu vergessen ist natürlich auch die Psychologie: Unter den Marktteilnehmern herrscht eine gewisse Nervosität, denn der Bullenmarkt hält schon ungewöhnlich lange an. Erst einmal seit dem Zweiten Weltkrieg gab es eine so lange Aufwärtsphase. Das spricht für eine Korrektur in absehbarer Zeit, ebenso wie das hohe Kurs-Gewinn-Verhältnis so mancher Titel. Solange die Konjunktur in den maßgeblichen Ländern weiterhin rund läuft, ist damit jedoch eher nicht zu rechnen.

5. Krankentagegeld darf nicht wegen geringeren Einkommens gekürzt werden

Private Krankenversicherungen dürfen das an ihre Versicherten gezahlte Krankentagegeld nicht mit der Begründung reduzieren, dass das Versicherteneinkommen niedriger liegt als bei Vertragsschluss. Diese Praxis war lange Jahre üblich, auch wenn der Versicherte entsprechend höhere Prämien für sein Krankentagegeld geleistet hatte. 2016 schließlich verbot der Bundesgerichtshof derartige Klauseln.

Offenbar finden sie sich jedoch bis heute in manchen Verträgen. Sieben private Krankenversicherer wurden deshalb kürzlich vom Bund der Versicherten (BdV) abgemahnt, der allerdings keine konkreten Unternehmen benannte. Die Reaktion auf die Abmahnungen bezeichnet der BdV als „nicht akzeptabel“. Während manche Versicherer gar nicht reagierten, hätten andere zwar Unterlassungserklärungen abgegeben, diese aber zu ihren Gunsten formuliert. Daher prüfe der BdV nun weitere rechtliche Schritte. Privatversicherte, deren Krankentagegeld mit der oben genannten Begründung gekürzt werden soll, müssen dies jedenfalls grundsätzlich nicht hinnehmen.

6. „Generation Mitte“ und Altersvorsorge: ein schwieriges Verhältnis

Den 30- bis 59-Jährigen in Deutschland geht es finanziell blendend, vier von fünf bezeichnen die eigene Lebensqualität in einer Allensbach-Umfrage als gut oder sehr gut. Im letzten Jahr waren es noch drei von vier. Bei einem Drittel hat sich die Finanzlage in den letzten fünf Jahren verbessert, nur bei jedem sechsten dagegen verschlechtert. Der Anteil derjenigen, die ihren aktuellen Lebensstandard bedroht sehen, fiel gegenüber 2016 von 40 auf 34 Prozent.

Und doch: Für die Altersvorsorge ist nach wie vor kaum Geld übrig. 62 Prozent der Befragten nannten dies als Hauptgrund für fehlendes privates Engagement. Dabei erkennt mit 60 Prozent eine große Mehrheit, dass das Rentensystem unzureichend ist. Fast ebenso viele wünschen sich einen Ausbau der Förderung betrieblicher und privater Altersvorsorge. Noch ausgeprägter ist die Zustimmung zu der Idee, sämtliche Berufsgruppen in die Finanzierung der gesetzlichen Rente einzubeziehen.

7. Berufsunfähigkeitsabsicherung zu teuer? Diese Tricks können helfen

Je nach Alter und Beruf kann eine gute Berufsunfähigkeitsversicherung ordentlich Geld kosten. Verzichtbar ist sie deshalb aber nicht, da die staatliche Absicherung für diesen häufigen Fall – rund jeder fünfte Erwerbstätige wird vor dem Rentenalter berufsunfähig – völlig unzureichend ist.

Es gibt jedoch einige Stellschrauben, mit denen sich die Prämie merklich reduzieren lässt. So kann man beispielsweise prüfen, ob als Endalter nicht 65 statt 67 Jahre ausreicht – was durchaus einen happigen Prämienrabatt bewirken kann. Entsprechende finanzielle Rücklagen vorausgesetzt, kann man überdies mit dem Versicherer über eine Karenzzeit verhandeln. Die Rente würde dann erst nach deren Ablauf fließen. Auch das bringt einen merklichen Abschlag. Nicht ganz so hoch, aber über die Jahre ebenfalls attraktiv ist die Umstellung von monatlicher auf jährliche Zahlweise.

Der beste und wirksamste Hebel für eine günstige Berufsunfähigkeits-Police ist allerdings: der Abschluss in jungen Jahren.

8. Wissenslücken hemmen deutsche Anleger

Dass die Deutschen in puncto allgemeiner Finanzbildung Nachholbedarf haben, ist ein alter Hut, seit Jahren von vielen Seiten beklagt. Jeder Zweite hierzulande sei ein „finanzieller Analphabet“, lautet ein Fazit einer kürzlich von GfK erstellten Studie. Wie sich die verbreiteten Wissenslücken auswirken, wurde darin ebenfalls untersucht: Nur gut die Hälfte der Bundesbürger traut sich zu, Investments in Aktien oder Fonds zu tätigen. Bei den jüngeren Menschen sind es sogar weniger als 40 Prozent. Mit dem Abschluss einer privaten Altersvorsorge würden sich insgesamt immerhin drei von vier Befragten nicht überfordert fühlen.

In diesen Zahlen dürfte eine Erklärung für die zurückhaltende Anlagekultur der Deutschen liegen. Die parken ihr Geld nach wie vor lieber auf Sparbüchern und in vergleichbar „lukrativen“ sicheren Häfen, als es renditestark zu investieren. Jahr für Jahr verzichten die hiesigen Anleger damit auf zig Milliarden Euro an möglicher Rendite – die die meisten vergleichbar wohlhabenden Nationen dankbar mitnehmen. Dabei ist bei Anlagen mit einer Verzinsung unterhalb der Inflationsrate nur eines sicher: der reale Wertverlust. An der Börse hingegen ging es bisher auf lange Sicht immer aufwärts.